

XVII.

Serbien.

11. bezw. 16. Januar. (Kriegsfrage.) Die Vertreter der 6 Großmächte überreichen in Belgrad, Sofia und Athen eine gemeinsame Note, in welcher sie auf Vorschlag Rußlands eine allgemeine Abrüstung fordern. (St.A. Bd. 47, 8918.)

Ministerpräsident Garaschanin lehnt in der Antwort die Erfüllung dieses Begehrens unter Hinweis auf die drohende Lage auf der Balkanhalbinsel ab, erklärt aber die Bereitwilligkeit Serbiens zur Herstellung des Friedens. (St.A. Bd. 47, 8920.) Bulgarien hat die Entwaffnung angenommen, wenn Serbien sie ebenfalls annehme. (St.A. Bd. 47, 8921.)

31. Januar. (Kriegsfrage.) Die Großmächte überreichen in Belgrad eine zweite gemeinsame Note, bedauern die ablehnenden Antworten Serbiens und Griechenlands und erklären, daß sie etwaige von wem immer ausgehende kriegerische Schritte nicht billigen, den Angegriffenen schützen und keinerlei territoriale Veränderungen zulassen würden. (St.A. Bd. 47, 8931.)

5. Februar. (Kriegsfrage.) Serbien beantwortet die zweite Kollektivnote der Großmächte:

Indem die Entschlüsse der Großmächte einen endgiltigen Charakter zu tragen schienen, könne Serbien in eine Erörterung über diese Angelegenheit nicht eintreten und beschränke sich, die Note der Mächte zur Kenntnis zu nehmen.

17. Februar. (Parteitag der Radikalen zu Nisch.) Die Partei beantwortet 3 vom Könige selbst an dieselbe gerichtete Fragen:

1. Welcher Ansicht ist die radikale Partei bezüglich der Fortsetzung des Krieges? 2. Welche Reformen wünscht die Partei im Innern des Landes? 3. Wäre sie geneigt, mit einer der im Lande bestehenden übrigen Parteien eine Koalition einzugehen?

mit Aufstellung eines neuen Parteiprogrammes, welches eine Verständigung mit der Dynastie und die Regierungsfähigkeit der Partei ermöglichen soll. Die Parteivertreter werden in corpore vom Könige empfangen, versichern Treue und Ergebenheit gegen das Haus Obrenowitsch und erhalten die Versicherung der völligen Amnestie und Vergeßlichkeit für die Revolution von Zajcar.

Die Fragen werden dahin beantwortet: daß der Friede unter allen Umständen erstrebt werden müsse; daß von innern Reformen, Nichtbeeinflussung der Wahlen, Neuwahl einer großen verfassungsgebenden Skuptschina, Preß-, Versammlungs- und Vereinsfreiheit, Gewährleistung der Sicherheit